

Bannstrahl gegen Tito

Chruschow: „Das Trojanische Pferd in der sozialistischen Familie“

Sofia/Belgrad (dpa/ap). Einen neuen Bannstrahl gegen die jugoslawischen Kommunisten richtete der sowjetische Parteiführer Chruschow auf dem 7. Kongreß der KP Bulgariens. Er sagte, die Kominform-Entscheidung von Juni 1948 gegen die KP Jugoslawiens sei grundsätzlich richtig gewesen. Die jugoslawischen Kommunisten hätten „im Dienste des Imperialismus die Rolle des Trojanischen Pferdes in der sozialistischen Familie übernommen“ und der kommunistischen Gemeinschaft Schaden zugefügt. Dies habe sich besonders bei den Vorgängen in Ungarn gezeigt.

Die Ausführungen Chruschows werden in Belgrad sehr ernst genommen. Es wird darauf hingewiesen, daß Chruschow sich mit dieser Rede

hinter die KP Chinas gestellt habe, die bereits Mitte Mai den Ausschluß der jugoslawischen Kommunisten aus dem Kominform im Jahre 1948 gutgehei-

ben habe. Unabhängig von der Rede Chruschows in Sofia hat die jugoslawische Regierung am Dienstag bei der Sowjetunion und bei der Sowjetzonen-Republik offiziell gegen die Blockierung der ihr zugesagten Investitionsanleihe von 285 Mill. Dollar (rund 1,2 Mrd. DM) protestiert. Darin heißt es, die jugoslawische Regierung könne weder einer Aufschübung des Kredits noch Verhandlungen darüber zustimmen. Sollte ihre Ansicht nicht akzeptiert werden, sei sie gezwungen, Schadensersatzansprüche anzumelden. Moskau und Pankow hatten Belgrad mitgeteilt, daß die Kreditverträge von 1956 auf fünf Jahre ausgesetzt werden sollen.

Bonn für ein starkes Frankreich

Mangelnde Stetigkeit erschwerte die französische Politik

Bonn (dpa). Bundeskanzler Dr. Adenauer sprach die Hoffnung aus, daß es der neuen französischen Regierung unter de Gaulle gelingen möge, ein gesundes und starkes Frankreich wiederherzustellen. Vor der CDU-CSU-Bundestagsfraktion äußerte Adenauer, an die Einstellung Frankreichs zur NATO brauche man keine Bedenken zu knüpfen. Wenn auch im Augenblick die Lage noch wenig durchsichtig sei, so bestehe kein Grund zu Pessimismus. „Wir können nur wünschen, daß der Gesundheitsprozeß eingeleitet wird, denn Europa braucht ein gesundes und starkes Frankreich.“

In einer ausführlichen Darstellung der Ereignisse in Frankreich nannte der Bundeskanzler drei Punkte als Hintergrund der sich jetzt abzeichnenden Entwicklung:

1. Die mangelnde Stetigkeit der wechselnden 25 Kabinette nach 1945 habe das Ansehen des Parlaments und der Regierung gemindert. Wenn auch Frankreich über eine ausgezeichnete Beamtenschaft verfügt, so seien das die beachtlichen Faktoren für das ständige Sinken des demokratischen Ansehens für Frankreich gewesen.

2. Die französische Armee habe sich nach Indochina, besonders aber nach den kriegerischen Ereignissen in Algerien verlassen gefühlt. Der spätere französische Ministerpräsident Pflimlin habe ihm bei seinem Urlaub im Frühjahr in Vence erklärt, daß die französische Armee erst richtig in Algerien zusammengewachsen sei.

3. Die starke Kommunistische Partei, die auch über große Geldmittel verfüge, habe zur Radikalisierung der französischen politischen Verhältnisse beigetragen.

Erlander bleibt im Amt

Stockholm (dpa). Die Macht-auseinandersetzung bei den schwedischen Reichstagswahlen endete mit einem knappen Sieg der Sozialisten. Sie konnten mit dem vorläufigen Endergebnis ihre Stellung von 106 Mandaten auf 112 erhöhen. Die drei bürgerlichen Parteien büßten von insgesamt 119 Mandaten 5 ein und besitzen jetzt 114 Mandate.

Absage an Belgiens Sozialisten

Im Senat errangen die Christlich-Sozialen absolute Mehrheit

Brüssel (ap). Die belgischen Wähler haben sich bei den Parlamentswahlen gegen die bisherige Koalition von Sozialisten und Liberalen entschieden. Die Stimmengewinne der bisherigen christlich-sozialen Opposition gehen vor allem auf Kosten der Liberalen und Sozialisten.

Im Senat gelang es den Christlich-Sozialen, mit 54 von 106 Sitzen die absolute Mehr-

heit zu erringen, während ihnen in der Kammer drei Sitze an der absoluten Mehrheit fehlen, so daß sie trotz ihres Wahlerfolges auf einen Koalitionspartner angewiesen sind. Von den verbleibenden Senatssitzen fielen 39 (1954: 42) an die Sozialisten. Zehn (11) an die Liberalen, zwei an die sozialistisch-liberale Wahlgemeinschaft und einer (zwei) an die Kommunisten.

Wieder 1933?

K. W. B. Wenn der General der Résistance der 25. Ministerpräsident der französischen Republik nach 1945 ist, dann wird er entweder seinen Mythos verlieren oder — wenn er ihn politisch zu realisieren versuchen sollte — Verwirrung in die europäische und in die Weltpolitik bringen. Die Fallschirmjäger von Algier, die de Gaulle auf den Thron gerufen haben, wollen nicht einen neuen Regierungschef für die französische Republik: Sie wollen mit de Gaulle ein anderes Frankreich. Hat man je von den revoltierenden Offizieren, die ja in diesen Wochen viel gesprochen und manifestiert haben, etwas anderes als die Begriffe Frankreich, Groß-Frankreich, Einheit der Nation, Stärke, Größe, Macht gehört? Haben sie, die doch wesentliche Führer in den Verbänden des französischen Teils der NATO-Armee sind, auch nur einmal das Wort Europa in den Mund genommen? Und selbst der beschwörende Appell des Staatspräsidenten Coty an die französischen Parlamentarier spricht die hektische Sprache eines nervösen Nationalismus. Es ist, als sei aus der Mitte unserer modernen, europäischen Welt und Gemeinschaft alles das geschwunden, was wir an Lehren aus einem furchtbaren Krieg in den letzten Jahren in uns aufgenommen und erarbeitet haben.

Was mit de Gaulle kommen wird, wird hoffentlich und sicherlich anders sein, als es die staunenerregenden Gefühlsäußerungen der Masse seiner Anhänger und Wegbereiter wahrhaben wollen. Denn die Vorstellungen, die de Gaulles Weg zur Macht begleiten, sind ein Atavismus oder bestenfalls das Spiel mit Erinnerungen. Mag Frankreich gelitten haben und leiden unter der Vorstellung, daß ihm nur noch der Titel einer „Großmacht“ bei den Mächteverbindungen zwischen Ost und West eigen ist — aber wie sollte es in der Möglichkeit eines Mannes stehen, eine revolutionäre und weltweite Entwicklung zurückzuschrauben in

den Status eines früheren Jahrhunderts?

Dem General de Gaulle werden noch romantische Vorstellungen angehängt; er hatte ja das so schnell und so gründlich geschlagene Frankreich mit zäher Hartnäckigkeit wieder in den Kreis der verbündeten Mächte zurückgeführt. Der General hat diesen Mythos all die Jahre hindurch, da das neue Frankreich der Nachkriegszeit quälerische Anstrengungen machte, mit einer sich verwindenden Welt in Kontakt und Einklang zu gelangen, genährt, indem er sich vom Parlament und seinen Regierungen distanzierte. Ohne daß es je von ihm ausgesprochen wurde, hat er doch nichts gegen die Argumentation der Vierschrötigen getan, die Situation Frankreichs, des kranken Mannes in Europa, verlange den starken Mann.

De Gaulle wollte und will die Macht. Sosehr die Machtübernahme der Stunde gleichen mag, in der vor 25 Jahren Deutschland seinen bittersten Leidensweg begann, so anders sind Umstände, Menschen und Perspektiven. Natürlich neigen wir gebrannten Kinder dazu, verwandte Züge aufzuspüren. Aber wir sollten uns hüten, uns in den Vergleichen zu verlieren; denn schon die Franzosen sind nicht die Deutschen, wenn sie die Nähe eines Diktators wittern. De Gaulle selbst wiederum ist von ganz anderem Zuschnitt als der Mann, der Deutschlands Namen in der Welt so schwer ruiniert hat. Das politische Weltbild de Gaulles ist uns verschleiert; denn die Erwartungen der unpolitischen Militärs an de Gaulle können wir nicht als das Programm eines Mannes ansehen, der jetzt die Einsamkeit von Erinnerungen mit der Handhabung von politischen Wirkungen von heute vertauschen will.

Als Hitler 1933 die Macht ergriff, wurde ihm das zwar auch durch eine Demokratie ermöglicht, die an Ideen und Machtwillen krankte. Aber die große Zerstörung der europäischen Zusammenhänge, die Hitlers Nationalismus einleitete, wäre heute auch dem engstirnigsten

Nationalismus nicht mehr möglich. Man mag der europäischen Linie unserer politischen Arbeit, mag NATO und Europäischer Gemeinschaft mit weniger Intensität und Leidenschaft nachgehen —, aber zu Nationalismus und Großmachtspolitik, die aus diesen neuen Verbindungen zerstörerisch herausstoßen wollten, würden am allerwenigsten die Franzosen selbst heute einen Mann an ihrer Spitze ermutigen. Ganz gewiß ist dies um so weniger von de Gaulle zu erwarten, da er beobachtet gelernt hat, daß die Kommunisten in seinem Lande nicht mehr die Freunde der Widerstandszeit sind, sondern die andere und sehr gewalttätige Macht, die unausbleiblich kommen müßte, wenn der Kurs Frankreichs aus der gemeinsamen westlichen Front ausscheren wollte.

Man wird also die Fanfaren und Trommeln, die Fahnen und die Spruchbänder, die Parolen, Paradeschritte und Fackelzüge, die wir jetzt in den Straßen von Paris und Algerien zu erwarten haben, nicht zu politisch einschätzen dürfen. Der Fackelzug vom 30. Januar 1933 wird sich für unsere Nachbarn im Westen nicht wiederholen. Mögen viele Franzosen meinen, sie müßten nachholen, was andere Völker und Staaten an nationalistischen Rückfälligkeiten schon — und fast durchweg mit bittersten Erfahrungen — hinter sich gebracht haben: de Gaulle hat in diesen zwölf Jahren ja im Zentrum der neuen das Land und die Mentalität der Franzosen immer besonders bewegenden Entwicklung gelebt. Er kann sich nicht in ihrer Mitte, nun mit Macht statt nur mit Verehrung ausgestattet, neben sie oder gar gegen sie stellen.

Daß er versuchen wird, in diesen europäischen und atlantischen Entwicklungen das Ansehen und den Einfluß Frankreichs zu fördern, muß man erwarten. Die Europäer könnten es nur wünschen. Daß die schweren nationalen Fragen Algerien, Tunis und Marokko ihm als nationale Probleme vor allem erscheinen werden — wer wollte ihm widersprechen, und wer wünschte nicht, daß sich dort gute und bessere Tage für Europa abzeichneten?

Das „Gipfel“-Gespräch mit Moskau

Neue Londoner Gesprächsphase – Wiedervereinigung und Sicherheit gekoppelt

London (dpa). Im Schatten der französischen Krise sind die Gespräche zur Vorbereitung einer Gipfelkonferenz in eine neue Phase getreten. Großbritannien hat bei der Wiederaufnahme der Moskauer Gespräche in dieser Woche zwei Dokumente zum Thema Gipfelkonferenz überreicht. Eines von ihnen ist, wie in London verlautet, ein Gegenorschlag zu der von der Sowjetunion in ihrem letzten Memorandum an die Westmächte aufgestellten Tagesordnung für ein Treffen der Außenminister und ein späteres der Regierungschefs. Diese Dokumente werden nicht veröffentlicht. Es ist die Absicht der britischen Regierung, in Zukunft nicht einmal etwas über die Tatsache eines Noten- oder Briefwechsels bekanntzu-

geben. Nach Mitteilung von zuständiger Seite scheinete die Sowjetregierung bereit zu sein, auf diese klassische Methode des vertraulichen diplomatischen Meinungsaustausches jetzt einzugehen.

In London hütet man sich vor Mutmaßungen darüber, ob diese Entwicklung schon als hoffnungsvolles Zeichen für eine sowjetische Bereitschaft angesehen werden könnte, wirklich zu einem Übereinkommen über substantielle Streitfragen zu gelangen. In dieser neuen Phase der Gespräche liegt die Initiative bei der britischen Regierung. Sie hat den jetzt begonnenen Kontakt mit den Sowjets vorbereitet und die NATO-Partner im ständigen NATO-Rat unterrichtet und konsultiert.

Westliche Vorschläge zur

Deutschlandpolitik, die zu einer möglichen Vorlage auf einer Gipfelkonferenz ausgearbeitet worden sind, stellen nach Mitteilung von gutunterrichteter Seite in Washington einen neuen Plan für die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit dar. Nach den neuen Vorschlägen ist ein Zeitplan für die Wiedervereinigung vorgesehen, die in Etappen mit Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung verwirklicht werden soll. Nähere Einzelheiten dazu sind bisher in Washington nicht bekanntgeworden.

Fußgänger muß aufpassen

Hamm (dpa). In einer Entscheidung des Dritten Straßensensats des Oberlandesgerichts Hamm wird betont, daß ein Fußgänger die Verantwortung für das sichere Überqueren der Straße nicht allein dem Kraftfahrer zuschieben darf.

Der Angeklagte hatte den Ruhrschnellweg überquert. Als er mitten auf der Fahrbahn war, sah er von rechts ein Motorrad aus etwa 60 m Entfernung herankommen, ging aber trotzdem weiter, wurde kurz vor Erreichen des Gehweges angefahren und erlitt einen Beinbruch. Auch der Fahrer und der Beifahrer des Motorrades wurden verletzt.

Zu der Auffassung des verurteilten Fußgängers, der Motorradfahrer hätte hinter ihm vorbeifahren müssen, erklärte der Senat, auf der ersten Hälfte der Fahrbahn, die ein Fußgänger überschreitet, werde ein solches Vorbeifahren hinter dem Fußgänger von der ständigen Rechtsprechung gefordert. Auf der zweiten Hälfte der Fahrbahn würde diese Forderung dagegen dazu führen, daß der Kraftfahrer ganz weit nach links bis zur Fahrbahnmitte oder über sie hinweg ausweichen müsse. Das wäre aber nicht angebracht. Fußgänger und Motorradfahrer erhielten Geldstrafen.

Die sowjetische Wirtschaftsoffensive

„Gefährlicher als bewaffneter Angriff“

Washington (dpa/ap). Das Komitee für wirtschaftliche Entwicklung in den USA bezeichnet in einem Bericht die sowjetische Wirtschaftsoffensive als „eine Herausforderung, die für die Vereinigten Staaten gefährlicher ist als ein bewaffneter Angriff“. In dem Bericht wird zu der Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow Stellung genommen, wonach die Sowjetunion „den Krieg gegen die Vereinigten Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet gewinnen wird“.

„Chruschtschows Drohung war keine Phraserei“, heißt es in dem Bericht. „Die sowjetischen Leistungen in der kurzen Zeitspanne von fünf Jahren sind sehr eindrucksvoll. Die Sowjetunion ist wirtschaftlich in der Lage, für ausländische Hilfe einschließlich des Exports von Industrieanlagen eine Milliarde Dollar jährlich auszugeben.“

US-Botschafter bei Gromyko

Der sowjetische Außenminister Gromyko hat den amerikanischen Botschafter Thompson zu einer Aussprache über die geplante Ost-West-Gipfelkonferenz empfangen, wie Radio Moskau meldet. In der kurzen

Mitteilung hieß es lediglich, „während der Unterhaltung seien auch Fragen im Zusammenhang mit der Einberufung einer Gipfelkonferenz erörtert worden“. Wenig später empfing Gromyko, Radio Moskau zufolge, den tschechoslowakischen Botschafter Vosahlik zu einer Besprechung über die geplante Gipfelkonferenz.

Menschikow im State Department

Der sowjetische Botschafter in Washington, Menschikow, hat sich in das amerikanische Außenministerium begeben und dem Vernehmen nach das Antwortschreiben seiner Regierung auf den Brief Präsident Eisenhowers vom 24. Mai dieses Jahres überreicht, in dem vorgeschlagen wurde, wissenschaftliche Sachverständige mit der Ausarbeitung von Kontrollmöglichkeiten für ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu beauftragen. Nach den ersten, nicht offiziellen Informationen soll die sowjetische Antwort auf den Vorschlag Präsident Eisenhowers nicht ungünstig ausgefallen sein.

Ulbrichts Reisende im Ruhrgebiet

Fixum und Spesen auf Arbeiterkosten — „Bestrafung erwünscht“

dt Bonn (Eigenbericht). Die kleine Bierkneipe, wenige Schritte vom Tor einer Ruhrkohlenzeche gelegen, ist am Spätnachmittag voller Zigarettenqualm. An der Theke drängen sich die Kumpels, die nach der Schicht noch mit einem Hellen den Kohlenstaub aus der Kehle spülen wollen. An der Schmalseite des Schanktisches steht ein Neuer, den noch keiner gesehen hat. Er beginnt ein Gespräch mit den Umstehenden, über das Wetter zunächst, dann spricht er über die Arbeit unter Tage, mit der er gut vertraut zu sein scheint. Schließlich bestellt er eine Runde Bier für die vier oder fünf, die ihm zuhören. Und nun redet er auf einmal von Politik.

Dunkle Aufträge

„Ihr seid doch auch gegen die Atombewaffnung?“ — „Na, klar, Mensch“, ist die einhellige Antwort. Schon ist man ein und derselben Meinung mit dem Fremden und schimpft gemeinsam auf „die in Bonn“. Nach einer Runde Schnaps erzählt der Unbekannte, daß er „von drüben“ kommt, aus der Ostzone, und daß doch alle Arbeiter gemeinsam gegen die Bonner Politik kämpfen müßten. Schließlich verspricht einer der Kumpels dem Manne, ihn morgen mit einem Betriebsratsmitglied der Zeche zusammenzubringen, der auch schon mal „drüben“ war, mit einer Delegation, auf Einladung des FDGB in der Zone. Der Fremde kann zufrieden sein. Er hat Fuß gefaßt — einer von den reisenden Beauftragten der SED, des FDGB und anderer kommunistischer Massenorganisationen, die von Pankow in wachsendem Maße mit dunklen Aufträgen in die Bundesrepublik, vornehmlich ins Ruhrgebiet, geschickt werden.

Monatlich 1200 DM

Dem Mann fällt es nicht schwer, den Kumpels ein paar Runden Bier und Schnaps zu bezahlen. Während der SED-Zeit es jedem Bürger der Zone unter harter Strafandrohung verbietet, bei Rei-

sen in die Bundesrepublik auch nur eine DM West mitzuführen, tragen die kommunistischen Beauftragten sehr erhebliche Westmark-Beträge in ihren Brieftaschen. Selbstverständlich wird ihnen die Fahrkarte bezahlt, dazu bekommen sie ein Tagegeld von mindestens 15 DM West. Neben ihrem normalen Ostmarkgehalt erhalten sie aber auch noch eine Westmark-Zulage, die zwischen 600 und 1200 DM im Monat liegt, sowie eine „Aufwandsentschädigung“ von 200 D-Mark monatlich.

Ins Gefängnis geschickt

Wenn es gelingt, die „Reisenden“ Ulbrichts bei verfassungseindlicher, verbotener kommunistischer Wählerarbeit in der Bundesrepublik zu ertappen, werden sie natürlich vor westdeutsche Gerichte gestellt und verurteilt, sofern sie gegen die Gesetze der Bundesrepublik verstoßen haben. Die verhängten Strafen belaufen sich freilich höchstens auf wenige Monate Haft und sind mit der Justiz der Sowjetzonen-Ministerin Hilde Benjamin überhaupt nicht zu vergleichen.

Der SED und ihren Propagandisten wäre es aber durchaus erwünscht, wenn ihre eigenen Leute in der Bundesrepublik gelegentlich zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Sie wollen für ihre dunklen Absichten „Märtyrer“ haben, um bei der Bevölkerung der Zone den Eindruck zu erwecken, als ob nicht in der Sowjetzone, sondern in der Bundesrepublik Justizterror herrsche. Nicht selten zeigen sich Angeklagte über die milde Strafe westdeutscher Gerichte enttäuscht, weil sie fürchten müssen, daß ihre Auftraggeber in Pankow mit ihnen unzufrieden sind und ihre „Leistungen“ nicht den kommunistischen Erwartungen entsprechen haben. Typisch ist der Fall des Mitglieds der verbotenen KPD, Werner Roth. Wegen Verbrechens gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik als Rädelführer angeklagt, floh er mit seinem letzten Geld nach Ost-

berlin, um der Bestrafung zu entgehen. Das Zentralkomitee der SED ließ ihn jedoch schon am folgenden Tage kurzerhand durch Volkspolizisten an die Berliner Sektorengrenze bringen und der Westberliner Polizei übergeben mit dem Hinweis, daß er vom Landgericht Dortmund gesucht werde. Er erhielt in Dortmund schließlich sechs Monate Gefängnis, die Untersuchungshaft wurde ihm angerechnet und die Reststrafe zur Bewahrung ausgesetzt.

Rom antwortet Moskau

Rom (dpa). Die italienische Antwort auf das jüngste Angebot des Kremls zum Abschluß eines 25jährigen Freundschafts- und Nichtangriffspaktes ist dem sowjetischen Außenminister in Moskau übergeben worden. Über den Inhalt der italienischen Antwort ist noch nichts bekannt.

Kirchentag ohne Dibelius

Berlin (dpa). Mehr als tausend evangelische Gemeindeglieder, Pastoren und kirchliche Mitarbeiter nahmen in der Woche nach Pfingsten in Potsdam an dem traditionellen Kurmärkischen Kirchentag teil. An Stelle von Bischof D. Dr. Otto Dibelius, der seit über einem Jahr von den Sowjetzonenbehörden keinen Passierschein zum Besuch der Gemeinden in der Sowjetzone erhält, hielt der Ostberliner Theologie-Professor D. Heinrich Vogel den Festgottesdienst in der Erlöserkirche. Wer meine, so erklärte Vogel, daß Gott zu groß sei, als daß er sich um den einzelnen kümmern könne — etwa um den Bauern, der sein Soll nicht erfüllen kann, oder um den Jugendlichen, der vor der Entscheidung zwischen Jugendweihe und Konfirmation stehe —, der praktiziere den Atheismus. D. Vogel rief die Christen auf, das Wort Gottes wieder ernst zu nehmen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

„Das hängt uns zum Halse heraus“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

B. Berlin (Eigenbericht). Wenn die Wirklichkeit nicht so bitter ernst für die Betroffenen wäre, könnte man über die politische Übersteigerung der Massenpropaganda bisweilen lächeln. Täglich spielen sich in den Betrieben, in Schulen, Verwaltungen Dinge ab, die mit einem westlich geprägten normalen Menschenverstand nicht mehr zu begreifen sind. Weil sich die Partei aber selbst so ernst nimmt und die Dinge ernst meint, sind sie für die mitteldeutsche Bevölkerung Anlaß für Auseinandersetzungen.

ROSTOCK

MS „Freundschaft“ berichtet von einer Chinareise. „Als wir an der algerischen Küste vorbeifuhren“, schilderte der Politleiter des Frachters, „verletzten wir bewußt die internationalen Gepflogenheiten und grüßten die französischen Kriegsschiffe nicht. Wir übersahen den Flaggenruß. Und als westdeutsche Firmen in Aden und Ägypten Republikflüchtlinge als Kaffeeverkäufer aufs Schiff schicken wollten, ließen wir sie nicht auf unser Schiff. Als die MS „Freundschaft“ von amerikanischen und japanischen Flugzeugen in der Höhe von Taiwan angepöbelt wurde, trat sofort die Parteileitung des Schiffes zusammen, für den Fall, daß von der Besatzung ein klares Bekenntnis zur sozialistischen Weltanschauung verlangt wurde.“ Ständig kämpfte die Besatzung des Frachters gegen die bürgerliche Ideologie. Ein Matrose bot einem chinesischen Arbeiter ein Trinkgeld an, das dieser empört zurückwies. Ein anderer wollte einem chinesischen Arbeiter, der ärmlich gekleidet war, einen Mantel schenken. Der Chinese war beleidigt. Als ein Genosse seinen Fotoapparat liegen gelassen hatte, brachte ein Chinese ihm diesen sofort zurück. Und vier Arbeiter baten auf der Höhe von Formosa demonstrativ um die Aufnahme in die Partei. Sie beteiligten sich an Bord am „Zirkel junger Sozialisten“ und studierten den Marxismus-Leninismus.

Wegen Erschleichung einer Aufenthaltsgenehmigung wurde ein 29jähriger Bürger der Bundesrepublik zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er angegeben hatte, er wolle für immer in die Zone zurückkehren, aber dann versuchte, wieder nach Westdeutschland zu entkommen.

WEIMAR

Die ganze Familie soll in die Partei. „Seine Frau zu überzeugen, damit sie Kandidatin der Partei wird, hat sich Genosse Friedrich Eberhardt vorgenommen“, meldet die in Weimar erscheinende Betriebszeitung „Der Maschinenbauer“. Das soll ein Beispiel für alle Genossen sein, damit sie mit der politischen Arbeit in der Familie beginnen.

„Unparteilichkeit ist eine bürgerliche Auffassung“, erklärte der Leiter des Parteikabinetts im Mähdrescherwerk Weimar. Er fügte hinzu, unparteiisch ist nur, wer etwas zu verheimlichen hat. Kehraus der Passiven und der Satten. Aufs Korn genommen werden die passiven Parteimitglieder, die nicht das Parteiabzeichen tragen, die ihr Haus nicht mit einer roten Fahne schmücken und die Bundesrepublik verherrlichen.

POTSDAM

„Erst macht sie schuldig und dann überläßt sie ihrer Pein.“ Lehrer des Bezirks Potsdam erhielten den Auftrag, in Westberlin Propagandaansätze durchzuführen, Flugblätterverteilung, Beobachtung von Personen und kommunistische Störaktionen mitzumachen. Die Registrierung, solcher Personen durch die Westberliner Polizei sei der beste Schutz, diese Leute nicht durch eine Republikflucht zu verlieren.

In einer Diskussion von Jugendleitern wurde in Potsdam-Babelsberg festgestellt, daß man in den letzten 13 Jahren zuwenig erreicht habe. Man fange praktisch jetzt von vorne an mit der Überzeugungsarbeit. Es sei unverständlich, wieso junge Leute lieber durch den Park von Sanssouci tändelten, anstatt an Schießausbildung

und Fallschirmsprüngen teilzunehmen.

„Zu viele unsachliche Gespräche unter vier Augen würden geführt“, sagte Volksbildungsminister Lange, und verlangte, die Lehrer sollten künftig nur zu zweit, jeweils von einem zuverlässigen Genossen begleitet, Elternbesuche durchführen. Der Kommentar der Lehrer lautete: „So viele linientreue und zuverlässige Funktionäre gibt es ja gar nicht.“

STRALSUND

Schmutzkübel voller Vorwürfe gegen Republikflüchtlinge. Die meisten Zonenbewohner schütteten nach ihrer Flucht ihr Herz aus. Ein Stralsunder Wertarbeiter hatte seinem Betriebsleiter die Meinung gesagt, und u. a. angeführt, die Partei würde alles verschleiern, er würde keine Fragen stellen, ohne nicht verdächtigt zu werden, ihm paßte die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht, und die Werbungen für die Volkspolizei seien ebenfalls nicht mit rechten Dingen zugegangen. Aber der Karneval in Köln habe ihm sehr gut gefallen — und im übrigen sei es im Westen eben besser. Darauf wirft die Partei ihm Schmutz nach. Das lautet in der Betriebszeitung Nr. 14/58 „Unsere Wert“ so: „Das Gehirn des Feindes der Arbeiterklasse ist von der imperialistischen Seuche zerfressen. Der Narr, der Oberrnarr von Köln, hat nicht gemerkt, daß die Bonbons, an denen er sich beim Fastnachtzug berauscht hat, eines Tages zu Atombomben werden.“

ERFURT

Die sogenannten Antimilitaristen geben in Erfurt folgende Losungen aus: „In den Schützengräben der Produktion“, „Wir kämpfen und siegen in der Produktionsschlacht“, oder „Schlagt die kapitalistischen Feinde, überrumpelt den Gegner“ usw. Gemeint ist damit die Massenbedarfsgüterproduktion. Die Erfurter sagen: „Wir sind der Phraselogie müde, aber die Komödie ist leider noch immer nicht zu Ende.“

Tito macht Kreml regreßpflichtig

Fünfjahrplan durch Moskaus Kreditstopper gefährdet

Belgrad (ap). Die Sowjetunion ist von Jugoslawien beschuldigt worden, zwischen den beiden Ländern abgeschlossene Wirtschaftsabkommen einseitig verletzt und damit gegen die bestehenden internationalen Normen verstoßen zu haben. Ein jugoslawischer Regierungssprecher erklärte zu der am Dienstag überreichten sowjetischen Note über die Zurückstellung der Jugoslawien zugesagten Kredite um fünf Jahre, daß damit gewisse Schwierigkeiten für die jugoslawische Wirtschaft und die Erfüllung des laufenden Fünfjahrplans verbunden seien. Falls die Sowjetunion diesen Beschluß nicht rückgängig mache, werde Jugoslawien sich veranlaßt sehen, Ersatz für alle daraus entstehenden Schäden zu fordern. Eine entsprechende Antwortnote der jugoslawischen Regierung werde in Moskau überreicht werden.

Wie der Sprecher weiter erklärte, wurde die Rücknahme der sowjetischen Kreditzusagen mit dem erhöhten Baubedarf der sowjetischen chemischen Industrie begründet. Außerdem werde in der Moskauer Note darauf hingewiesen, daß die Zurückstellung der Kredite zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Jugo-

slawien und der Sowjetunion führen solle. Dies werde von jugoslawischer Seite als ein „sarkastischer Scherz“ empfunden.

Der Sprecher bezeichnete die gegenwärtigen Angriffe der Sowjets und anderer Ostblockstaaten auf Jugoslawien als „eine offensichtlich organisierte Kampagne“, die lediglich die Beziehungen schädigen und die internationale Atmosphäre vergiften könne.

Andrang zum Katholikentag

Teilnehmerzahl muß kontingentiert werden

Berlin (Eigenbericht). Das Interesse der in der Sowjetzone lebenden Katholiken am 78. Deutschen Katholikentag ist so groß, daß die Ostteilnehmerzahl „kontingentiert“ werden muß. Für jede katholische Kirchengemeinde in der Zone wird eine bestimmte Zahl von „Plätzen“ für das große Laien-

treffen in Berlin, das vom 13. bis 17. August stattfindet, bereitgestellt werden. Dies wurde am Freitag auf einer Pressebesprechung bekanntgegeben, zu der das Berliner Lokalkomitee des Katholikentages eingeladen hatte.

Besonderen Wert legte das Lokalkomitee auf die Feststellung, daß der Katholikentag ein Gemeinschaftserlebnis der Kirche vermitteln solle. Er habe weder eine beratende noch eine beschließende Funktion, und er sei auch nicht als Massendemonstration geplant. Das Thema „Unsere Sorge der Mensch — Unser Heil der Herr“ betone vielmehr die Rolle des einzelnen. Welche Rolle man auf katholischer Seite diesem einzelnen Laien beimißt, charakterisierte Ordinariatsrat H. G. Müller mit den Worten: „Die Rettung kommt nicht so sehr vom Christentum, als vielmehr von dem einzelnen Christen.“

Wie der Ausschußvorsitzende Prof. Dr. Emil Dofivats betonte, kommen die Teilnehmer und die Redner des Katholikentages aus beiden Teilen Deutschlands. In Ost- und Westberlin werden die auswärtigen Gäste untergebracht und in beiden Teilen der Stadt finden die Veranstaltungen statt. Dementsprechend habe das Lokalkomitee den zuständigen Behörden in Ost und West seine Anliegen hinsichtlich der Räume für die Veranstaltung und der Transportfragen vorgetragen. Nach den Ausführungen Dofivats liegen Zusagen der Ostberliner Behörden bisher nicht vor.

Ärzteflucht nimmt zu

Seit Anfang des Jahres baten 400 Mediziner um Asyl

Berlin (Eigenbericht/ap/dpa). Die Notaufnahmebehörden der Bundesrepublik und Westberlins registrieren seit Wochen eine verstärkte Flucht von Ärzten aus der Sowjetzone. Etwa 400 Ärzte baten seit Anfang dieses Jahres in Westdeutschland oder Westberlin um politisches Asyl. Als Fluchtgrund wird meist der starke politische Druck der SED auf die sowjetzonale Ärzteschaft angegeben.

Der sowjetzonale Minister für Gesundheitseinrichtungen, Luitpold Steidle, äußerte sich dagegen nach einem Bericht der Ost-CDU-Zeitung „Neue Zeit“ zuversichtlich über den Zuwachs an Ärzten in der Sowjetzone. Auf einem Ärztekongreß in Leipzig vertrat er die Auffassung, daß im Jahre 1975 in der Sowjetzone ein Arzt auf 750 Einwohner kommen werde. Bereits im Jahre 1960 werde das Verhältnis 1 : 1000 betragen. Wie viele Menschen zur Zeit in der Sowjetzone auf einen Arzt entfallen, geht aus der Rede Steidles nicht hervor. Insgesamt waren 1150 Anmel-

dungen aus beiden Teilen Deutschlands und dem Ausland in Weimar eingegangen. Etwa ein Viertel der Anmeldungen von Mitgliedern aus dem Bundesgebiet und Westberlin wurden „nach den geltenden Paßbestimmungen“ abgelehnt. Die 1000 Teilnehmer sind nicht ausschließlich Mitglieder, sondern auch Ehegatten von Mitgliedern, ferner 70 Studenten aus der Sowjetzone und 40 Studenten aus dem Bundesgebiet. Westliche Pressevertreter, die zunächst Einladungen erhielten, bekamen nach wechselnden Zusagen schließlich keine Einreisegenehmigung.

Pankow droht mit Repressalien

Der von der SED gelenkte „Ausschuß für deutsche Einheit“ drohte in einer Pressekonferenz in Ost-Berlin Gegenmaßnahmen der Sowjetzonregierung an, falls weiterhin „Bürger der DDR bei Besuchen in der Bundesrepublik verhaftet“ würden. (Gemeint sind die nach dem Westen entsandten Agitatoren der SED. D. Red.)

Prag: Hemingway war ausverkauft

Luxus ist unerwünscht — Eindrücke aus der tschechoslowakischen Metropole

D. Prag (Eig. Ber.). Der Wenzelsplatz, die Via triumphalis für Maiaufzüge und Militärparaden, ist auch der Kurfürstendamm der Moldaumetropole mit Leuchtreklamen, Kinos, Tanzcafés und Hotels. In dichten Wolken flaniert das junge Prag über die Bürgersteige, Männer stehen debattierend vor einem amerikanischen Luxuswagen, Straßenbahnen rumpeln den Hang hinauf und herunter, und zu starren Klumpen ballt sich das Volk und schaut gespannt hinauf zu einer wandernden Leuchtschrift, die das Tagesgeschehen anzeigt: Algerien, de Gaulle ...

Blick in die Schaufenster

Die dicke Galerie der Schaufenster dekoriert die Wünsche der Prager Frauen ohne jene Fülle und Vielfalt des Angebots, wie wir es aus westlichen Städten gewohnt sind, auch ohne jeden Luxus: er ist im Ostblock nicht erwünscht. Nur im Stil der Dekoration möchte man hinter den westlichen Auslagen nicht zurückbleiben. So versucht man sich in duftigen Farben und Arabesken, aber den Dekorateur mangelt es offensichtlich an Witz und Pfiff. Man gruppiert gar zu brav und bieder, und wer den charmanten Einfall sucht, geht leer aus.

Randvoll sind die Auslagen der Buchgeschäfte. Durch die Scheiben blickt man ins Gehirn der tschechoslowakischen Intelligenz. Der starke Anteil naturwissenschaftlicher und technischer Literatur verwundert nicht in einem Staat, der seinen studentischen Nachwuchs durch unterschiedlich hohe Stipendiegaben in jene Lehrfächer lenkt, die nicht genügend besetzt erscheinen. Daß hier die Naturwissenschaften vor den Geisteswissenschaften rangieren, liegt auf der Hand.

Schiller in Auswahl

Erst vor kurzem überraschte eine Meldung über den hohen Anteil westlicher Literatur am Buchdruck der Tschechoslowakei. Die Auslagen in den Schau-

fenstern von Prag allerdings lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es sich dabei weniger um moderne Autoren handelt als vielmehr um Klassiker, wobei man aus Deutschland offensichtlich Schiller-Auswahlen bevorzugt. In einem Schaufenster entdeckten wir tschechische Ausgaben von Melville, Defou, Maupassant, Zola, Fielding, Victor Hugo, Heinrich Mann.

Deutschsprachige Literatur wird fast ausschließlich aus der Sowjetzone eingeführt. Aus Westdeutschland, so erklärte man uns, sei die Einfuhr zu teuer. Auf die Anfrage, wie es denn mit englischer oder amerikanischer Literatur in tschechischer Übersetzung stünde, antwortete ein Buchhändler: „Kürzlich haben wir eine Sendung Hemingway und Faulkner bekommen. Die Leute standen bereits um 7 Uhr früh vor der Tür. Die Bücher waren im Nu ausverkauft.“ Und junge westdeutsche Autoren? Böll soll herauskommen. „Und Weisenborn spielen wir doch im Theater.“ Auch Brecht, versteht sich.

Boheme mit roter Fliege

In einem schönen Barockpalais auf der Prager Kleinseite hat das tschechische Kultusministerium seinen Sitz. Dort wurde uns als Fachmann für Fragen der bildenden Kunst ein junger Mann vorgestellt, dessen Zugehörigkeit zu dieser Sparte unverkennbar war. Ein Hauch von Boheme ging mit ihm um, und am Kragen seines dunklen Hemdes trug er eine rote Fliege. Das reizte dann auch zu der Frage nach dem sozialistischen Realismus in der CSR. Der Künstler, so sagte man uns, könne hier malen, wie er wolle, ein Stildogma gebe es nicht, doch solle seine Kunst verständlich sein, sie solle dem Käufer — „dem einfachen Menschen“ — gefallen. Gern gesehen sei vor allem jener Künstler, der dem Staat in der politischen Entwicklung des Landes helfe. So verstand es sich fast von selbst, daß die Frage nach dem Ansehen ab-

strakter Kunst in der Tschechoslowakei ausweichend beantwortet wurde. „Abstrakte Kunst hat hier keine Tradition. Kupka war der einzige Abstrakte. Er war Kubist.“ Und das ist eine Weile her.

Bei türkischem Kaffee

Im Kulturbetrieb der CSR, so muß man schließen, wird offensichtlich weniger diktiert als etwa in der Sowjetzone, dafür weniger gelenkt. Der Kommunismus hat hier seine geschicktesten Interprete gefunden. Einem Rangierbahnhof gleicht die geistige Landschaft dieses Staates: im Stellwerk der Ministerien weiß man sehr genau, auf welches Geleis der Zug schließlich gehört. Aber man läßt sich Zeit dazu.

Im Prager Presseklub an der Stalinova stehen einfache Holzstühle um einfach gedeckte Tische. Da sitzt man sich denn gegenüber, jeder legt seine Karten offen auf. Aber diese Gespräche hinterlassen bei aller Offenherzigkeit und ausgemachten Höflichkeit eine lähmende Müdigkeit. Was hat man denn da getan bei Bier, bei türkischem Kaffee und ein paar Gläsern jugoslawischen Rotweins unter den gerahmten Fotos der Gottwald und Novotny? Man hat Brücken gesucht und doch nur Formeln gefunden für das Trennende. „Wir vertrauen euch nicht“, sagt ein junger tschechischer Kommunist, und wir darauf: „Wir können euch nicht vertrauen.“

Euch: das ist nicht der Mensch, das ist eine Auffassung von Macht, die dem Menschen gegeben ist. Wie er sie praktiziert, ob er sie selbstherrlich gebraucht oder ob er sie mit dem Blick auf die Rechte jedes Menschen verwaltet, darin liegt das Trennende. Und man weiß, daß es zur Zeit kaum Brücken geben kann.



BILDER DER WOCHE. Oben: Von Radio Moskau interviewt wurde der Bevollmächtigte der Firma Krupp (zweiter von links), Berthold Beitz, bei seiner Ankunft zu einwöchigen Besprechungen in der sowjetischen Hauptstadt. — Unten: Ein zwölf Meter hoher Betonpfeiler für den Nordwestbogen des zukünftigen Berliner Schnellstraßenringes verbirgt sich hinter diesem Gerüst an der Spree.

